

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich
mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditor, von der Typograph.-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die Berliner Polizei hat abermals confiscirt:

- 1) Am 28. August Nr. 129 unseres Blattes;
- 2) Am 29. August
 - a) Nr. 130,
 - b) Nr. 129 in zweiter Auflage.
- 3) Am 30. August
 - a) Nr. 131,
 - b) Nr. 130 in zweiter Auflage,
 - c) Nr. 129 in dritter Auflage.

Die sämtlichen confiscirten Nummern liegen in erneuter Auflage, unter Weglassung aller Stellen, welche die Confiscationen möglicherweise veranlaßt haben, mit den Bezeichnungen Nr. 129c, 130b, 131a, der heutigen Nummer bei.

Mit dem heutigen Tage beginnt für Berlin ein neues Monats-Abonnement auf den „Social-Demokrat.“

An die Arbeiter unserer Partei.

Dreimal hintereinander hat wieder die Berliner Polizei unser Blatt, Euer Organ, confiscirt.

Wir müssen Euch gestehen, daß uns dies höchst unangenehm kommt; nicht etwa darum, weil Ihr in Folge dessen unser Blatt sehr unregelmäßig erhalten — wir wissen, daß Ihr Euer Organ nicht als eine Annehmlichkeitsache, sondern als ein Glied in der Kette unserer Agitation betrachtet und uns daher nicht zimmert, um drohender Confiscationen willen anders zu schreiben, als wir es für nöthig erachten — nein, aus einem andern Grunde kommt uns die Sache sehr unangenehm.

Mehrfacher Stoff liegt in unserer Redaction angehäuft und wir hatten vor, uns mit verschiedenen Dingen in nächster Zeit zu beschäftigen; z. B. war es geboten, an die Fortsetzung unserer Artikel „Die sociale Frage“ zu gehen; auch die verwickelten österreichischen Verhältnisse bedurften dringend einer Klarstellung; „Bilder aus dem Arbeiterleben“ liegen zum Abdruck bereit und so vieles Andere. All dieser Stoff, alle beabsichtigten Aufsätze und Abhandlungen müssen nun plötzlich auf unbestimmte Zeit zurückstehen, weil wir in Folge des Auftretens der Berliner Polizei vor Allem genöthigt sind, einen andern Gegenstand zu erledigen.

Ihr begreift nämlich, daß ein Vorgang, der unser Parteileben so tief berührt, wie die dreimal hintereinander erfolgte Confiscation des Parteiorgans durch die Berliner Polizei, unbedingt Gegenstand unserer Betrachtung und Besprechung werden muß.

Nun ist aber, dies müßt Ihr wohl bedenken, Alles, was die Berliner Polizei thut, nur ein Ausfluß des in Preußen herrschenden Systems überhaupt.

Wir werden also, wenn wir klar blicken wollen, dieses preussische Regierungssystem selbst einer genauen Prüfung zu unterziehen haben, selbstverständlich in ruhigster und objectivster Weise, unter strenger Einhaltung der bestehenden Gesetze, darum aber nicht minder mit gewissenhafter Genauigkeit und mit eingehendster Gründlichkeit.

Wir wiederholen es: die Sache kommt uns unangenehm; denn wie unsere Partei eine deutsche ist, so ist auch unser Blatt ein deutsches. Der Umstand, daß dasselbe in Berlin erscheint, kann an und für sich kein Grund sein, den preussischen Zuständen eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen; nur insofern Preußen ein größerer Staat ist als andere deutsche Staaten, und aus ähnlichen Gründen können auch seine Verhältnisse eine größere Aufmerksamkeit beanspruchen. Wenn wir nun aber in nächster Zeit den preussischen Angelegenheiten unsere fast ausschließliche Aufmerksamkeit zuzuwenden genöthigt sind, obgleich es durch ganz Deutschland Dinge giebt, die sehr, sehr unsere Aufmerksamkeit zu erregen geeignet sind, so hat dies allerdings den Mißstand zur Folge, daß eine gewisse Einseitigkeit entsteht. Indessen, da uns einmal die Berliner Polizei so dringende Veranlassung gegeben hat, gerade die preussischen Verhältnisse vor das Forum unserer Prüfung zu ziehen, so müssen wir über jene Unzukömmlichkeiten hinwegsehen.

Die beabsichtigte Unternehmung nun, obgleich allerdings zunächst veranlaßt durch das Vorgehen der Berliner Polizei, hat doch ein allgemeineres, ja ein sehr tief greifendes Interesse. Und zwar

- 1) Im Allgemeinen: weil nemlich officöse preussische Blätter bestrebt sind, die auf Erweiterung des preussischen Einflusses oder Vergrößerung Preußens gerichtete Politik als eine im Interesse Deutschlands liegende Sache darzustellen;
- 2) Insbesondere für die Unsern: da die preussische Regierung die Sache der Arbeiter fördern zu wollen erklärt hat, von diesen daher ein besonderes Vertrauen beansprucht.

Wir müssen also in diesen Dingen durchaus ins Klare kommen, und, damit dies geschehe, ist offenbar der einfachste Weg, daß wir uns über den Werth des in Preußen herrschenden Systems überhaupt klar werden.

Von ganz besonderem Interesse werden unsere Ausführungen für diejenigen deutschen Arbeiter sein, welche dem preussischen Staatsverbande angehören.

Preußen ist ein Verfassungsstaat. Wir werden also, um den Werth des jetzt herrschenden Systems zu erkennen, vor Allem zu prüfen haben:

Ob sich dasselbe durch eine strenge und gewissenhafte Einhaltung der vom König beschworenen Verfassung auszeichnet. Wir werden uns ferner zu

fragen haben, z. B., ob das gesetzliche Vereinsrecht, die durch die Verfassung gewährleistete Pressfreiheit aufrichtig und ehrlich gehandhabt werden. Wir werden ferner, die Betrachtung verallgemeinernd, auch z. B. untersuchen müssen, nach welchen Gesichtspunkten die Officiers- und hohen Beamtenstellen vergeben werden und dergl. mehr.

Zwei Resultate nun können sich möglicherweise aus unsern Betrachtungen ergeben: entweder

1) wir finden, daß die preussische Regierung durch gewissenhafte Einhaltung der vom König beschworenen Verfassung, der gesetzlich bestehenden Volksrechte, durch Gerechtigkeit in Ertheilung der Staatsämter und Offiziersstellen u. s. w. sich auszeichnet, demnach die Liebe und Achtung des Volkes besitzt und verdient;

oder aber

2) wir finden, daß dies nicht vollständig der Fall ist.

Sobald wir nun eines dieser Resultate gefunden, werden wir die demselben entsprechenden Schlussfolgerungen leicht ziehen können. Sollten wir zu dem zweit erwähnten Resultate gelangen, so müßte es freilich noch unsere besondere Aufgabe sein, etwaigen Blättern, welche dazu erkaufte sein könnten, unvollständlichen Plänen einen demokratischen oder nationalen Anstrich zu geben, schonungslos die Larve vom Gesicht zu reißen.

Es ist klar, Arbeiter, daß die pflichtmäßige Prüfung dieser Dinge sich durch einige Zeit hindurchziehen wird; wir hoffen jedoch, daß dies nicht allzulange dauern werde.

Großentheils hängt dies von der Berliner Polizei ab.

Treten nemlich fortwährend Confiscationen ein, so sind wir, falls wir überhaupt auf Dinge stoßen, die dem herrschenden System nicht günstig sind, immer mehr genöthigt, unsere Worte zwar weniger nachdrucksvoll zu machen, dafür aber desto mehr thatsächliches Material zu bringen und desto genauer und gründlicher zu verfahren.

Denn da eine Beurtheilung des Regierungssystems nicht verboten ist, so giebt es eine Darstellungsweise, wo es, so lange das jetzige Recht besteht, der Polizei sehr schwer fallen wird, erneute Confiscationen zu verfügen.

Den Anfang nun mit unsern Untersuchungen gedenken wir in der nächsten Sonntagsnummer zu machen, weil wir Euch durch Besprechung eines so interessanten Gegenstandes ein besonderes Sonntagsvergügen zu bereiten gedenken.

Zum Ausgangspunkt für das Ganze werden wir das Verfahren der Berliner Polizei gegen uns nehmen.

Von etwaigen weitern Veranstaltungen, welche wir pflichtgemäß für die Aufklärung der Arbeiter über das in Preußen herrschende System für nöthig erachten sollten, würden wir demnächst öffentliche Anzeige machen.

Deutschland.

* Berlin, 31. August. [Zur Bismarck'schen Politik.] Der Eifer der Gothaer Presse, sich mit der Bismarck'schen Politik auf jeden Fall einverstanden zu zeigen, findet in der „Schlesw.-Holst.-Zeitg.“ eine sehr richtige Würdigung. Derselbe schreibt:

Es ist unseren Lesern wohl schon aufgefallen, welche deutsche Blätter am verdorsten sind in unserer Landes- sache? Es sind die Organe des alten Gothaismus, es sind die Reste der sprichwörtlich schwächmüthigsten Partei, es sind die Vertreter der Betretenen, deren, die überhaupt zum Betreten da sind. Es sind die „Kölnische“, die „Weserzeitg.“, die „Preuß. Jahrbücher“ und (eine Nummer um die andere, je nachdem Gustav Freitag nicht schreibt) die „Grenzboten“; stellenweise auch die „Hamb. Nachr.“, soweit sie den Muth einer Meinung haben, wohin sie sich bekanntlich selten verheigen. Während der neuen Gasteiner Wendung gegenüber, wie wir mit Freuden registriert haben und heute wieder registriren, selbst die bisher annerkennungswürdigsten Blätter von demokratischer oder sonst energischer Parteistellung mit raschem Entschluß gegen die Politik des Länberverlaufs und der diplomatischen Abmachungen aufzutreten, fahren jene sonst so leicht wandelbaren Rente fort, in den Bahnen der Politik Bismarck weiter zu wandeln. Woher diese ungewohnte Energie? Woher diese Konsequenz bei sonst so Inkonsequenzen? Oder ist es etwa nicht Energie? Ein Shakespeare'sches Wort löst das Räthsel. Der große Menschenkenner läßt einem wandelbaren Schwachmüthigen ins Gesicht sagen: „Du, immer stark nur auf der stärkeren Seite“ — und damit ist die Schwäche, die feige Schwäche für ewige Zeiten charakterisirt. Dene Zeitungen sind einmal im Fahrwasser der Bismarck'schen Politik; winzige Rauben im Fahrwasser eines großen Schiffes, können sie gar nicht heraus aus diesem Strich, nicht rechts noch links über den Rand der Strömung gelangen, bis eine zweite Strömung diese durchkreuzt und ihnen einen andern, zunächst mittleren, dann vielleicht ganz entgegengesetzten Kurs eröffnet, richtiger unthätig. Denn was auch kommen mag: selbst steuern, frei fahren — das hat ihnen ein göttiges Schicksal versagt. Wo sollen die Armen dann bleiben?!

[In Betreff Lauenburgs] ist man sehr begierig, wann die verfassungsmäßige Mitwirkung des preussischen Landtags von der Regierung veranlaßt werden wird. Die öffentliche Meinung erwartet, so viel wir bemerken konnten, mit Bestimmtheit, daß das Abgeordnetenhaus die erforderlichen Gelder nicht bewilligen werde. Man scheint in Preußen allgemein im Volke mit dieser Art von Erwerbungen durchaus nicht einverstanden zu sein, so daß also das Abgeordnetenhaus, wenn es die Kaufsumme verweigert, entschieden an Popularität gewinnen würde.

[Ueber die Commission für Arbeiterangelegenheiten] berichten wir morgen weiter.

Bremen, 30. August. [Militärconvention betreffend.] Die „Wes.-Ztg.“ bringt eine Correspondenz aus Oldenburg, in welcher die von mehreren Zeitungen gebrachte Nachricht, Preußen habe eine Militärconvention mit Oldenburg abgeschlossen, nach zuverlässiger Quelle als erfunden bezeichnet wird. Es sei eine derartige Convention weder abgeschlossen worden, noch zur Zeit in Aussicht genommen.

Ausland.

* Paris, 29. Aug. [Blanqui. Tagesbericht.] Der bekannte Revolutionär Blanqui, der seit 1839 fast beständig im Gefängniß sitzt,*) ver- öffentlicht in der „Presse“ folgendes Schreiben:

Paris, 28. August 1865.

Herr Redacteur! Erlauben Sie mir, in Ihren Spalten die Beweggründe zu einem Entschlusse zu erklären, der mir, wie ich glaube, von der Pflicht auferlegt ist. Ich wurde am 5. März 1861 verhaftet und am 14. März vier Jahren Gefängniß verurtheilt. Der Appellationshof bestätigte das Urtheil am 17. Juli. Mein vom höchsten Tage, dem 18., datirtes Cassationsgesuch wurde

am 17. Dezember verworfen. Der Artikel 425 der Criminal-Prozess-Ordnung ist nun aber folgendermaßen abgefaßt: „Der Cassationshof kann in jeder criminellen, correctionellen oder einfachen polizeilichen Angelegenheit sofort nach dem Ablasse der in dem gegenwärtigen Capitel angegebenen Fristen statuiren und muß darüber spätestens in dem Laufe des Monats statuiren, der dem Tage folgt, an welchem die Fristen abgelaufen sind. Diese Fristen haben eine Dauer von 11 Tagen.“ Dem Wortlaute des Artikels 425 zufolge ist der Cassationshof also gehalten, binnen 41 Tagen spätestens über das Gesuch eines Verurtheilten zu statuiren. Er hat über das meinige seinen Spruch erst nach 141 Tagen erlassen, und da die Strafe erst von dem Augenblicke der Verwerfung des Gesuches beginnt, so hat mir das „bon plaisir“ des Hofes eine Verlängerung meiner Strafe von 3 Monaten und 10 Tagen auferlegt. Dieses willkürliche Verfahren scheint übrigens bei allen politischen Prozessen Mode zu sein. Herr Taulé wurde 1862 ebenso behandelt und Herr Miot (Vollvertreter im Jahre 1848 und seit der Amnestie ebenfalls wegen Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft verurtheilt, nachdem er lange Jahre deportirt gewesen war) befindet sich im Augenblicke in derselben Lage, wie ich. Sein Cassationsgesuch, welches vom 15. Juli datirt war, wurde erst am 17. Dezember erledigt. . . . In Folge einer organischen Krankheit nach dem Hotel Rector gebracht, woltete ich, obgleich ich gar keine Verpflichtung eingegangen war, meine Haft bis zum Schluß mit allen von dem Gesetze hinzugefügten Anhängeln abgeben. Am 14. Juni 1861 verurtheilt, haben mich das Appellationsgesuch und die 41 Tage für das Cassationsgesuch bis zum 28. August 1865 hingeführt. Hier hört meine gesetzliche Strafe auf. Ich habe nicht vier Jahre, sondern vier Jahre und sechs Monate ausgeharrt, was 12 pCt. mehr ausmacht, als mir bestimmt war. Ich darf aber nicht weiter geben. Sich einer offenen Ungezelligkeit unterwerfen, wenn man sich derselben entziehen kann, selbst wenn man deshalb in die Verbannung wandern muß, hieße dieselbe gutheißen. Ich kann dies nicht. Es ist meine Pflicht, die hundert Tage Gratification, welche mir der höchste Gerichtshof octroyirt hat, nicht anzunehmen, und ich empfehle mich deshalb demselben.

Genehmigen etc.

Blanqui.

Der Kaiser hat ein beachtenswerthes Decret erlassen. Im Ministerium des öffentlichen Unterrichts und unter dem Vortrage dieses Ministers wird ein Collegium für Verbesserung des Special-Secundär-Unterrichts (Realschulwesens) niedergesetzt, und zu Mitgliedern dieses Rathes werden siebenundzwanzig Männer ernannt, die zur Auslese der französischen Intelligenz gehören. — Man beschäftigt sich in hiesigen politischen Kreisen vielfach mit der als wahrscheinlich angesehenen, weil gehesten Umkehr der kaiserlichen Politik in den inneren Angelegenheiten; man glaubt zunächst, der Kaiser habe endlich er- messen, es sei an der Zeit, den Ministern die Ver- tretung ihrer Angelegenheiten vor dem gesetzgebenden Körper zu überantworten: Hr. Rouher, der Staats-Minister, der sich gegen diese Reform ausgeprochen hat, soll in Folge dieser seiner Meinung weniger in Gunst sein. Nach anderen Angaben dagegen würde aus dem Staats-Ministerium ein Ministerium mit einem ganz bestimmten Ressort gemacht werden. Diese Dinge sind übrigens alle nicht von Wichtigkeit; vom 2. December hat die Volks- sache schlechterdings nichts zu erwarten. — Die offici- elsen Blätter behaupten begreiflicher Weise, daß die Zusammenkunft des Kaisers mit der Königin von Spanien einen ausschließlich privaten Charakter haben werde. — Wie es heißt, kommt Herr von Bismarck nach Biarritz. Es soll dort bereits eine Wohnung für ihn bestellt sein. — Der Prinz Napoleen reist morgen in die Schweiz (auf sein Land- gut). — Aus Lissabon wird gemeldet, daß die „Presse“ fortfährt, die Regierung in Betreff der Tausch des Infanten anzugreifen.

zch. London, 28. August. [Internationale Handwerker-Ausstellung zu Sydenham. Amerika und Bright. Cherbourg. Atlant. Cable. Die Londoner deutschen Vereine. Strikes.] Ihrem Wunsche entsprechend, muß ich der guten Base in Augsburg in Bezug auf das über die internationale Kunstausstellung der Handwerker im Krystallpallast Gesagte*) in mancher Beziehung das Lob der Wahrheit spenden. Jedoch hätte sie die massive Stahlplatte, welche der besten modernen Artillerie getrogt, nicht übergeben dürfen (vielleicht ist sie erwähnt worden); möglicherweise geschah es

nicht, weil die Augsburger Zeitung anfängt, sich mehr und mehr auf Bayern zu beschränken und da- her es wahrscheinlich für überflüssig hält, über solche Gegenstände zu sprechen, welche einem Lande wie Bayern, das vor der Hand keine Aussicht auf eine Flotte, daher auf Panzerschiffe hat, höchst gleich- gültig erscheinen, es sei denn, daß man in Ludwigs- bafen einige Dampfwinde ausrüstete, um die preu- ßische Uebermacht in Schleswig-Holstein zu neu- tralisiren. Auch hätte ich kaum erwartet, daß diese Friedliebende über die „Anknüpfung dieses Freundschaftsbundes“ zwischen zwei großen Nachbarvölkern spotten könnte. Herr Potonie, Editor des fran- zösischen Blattes „l'Association“, sagte bei der Er- öffnungsfest unter Anderem:

Im Namen des französischen Comitee's theile ich Ihnen mit, daß die Deputation unserer englischen Brüder mit Freude empfangen wurde, und versichere Sie unserer Aufrichtigkeit, indem wir die Einladung zu diesem friedlichen, industriellen Feste annehmen. Die französischen Arbeiter sind erfreut, den Jahrestag eines fünfzigjährigen Friedens feiern zu helfen, weil sie glauben, daß sie den Weg zu diesem Frieden mitgegangen haben, welcher nicht unterbrochen werden soll. Hoffen wir, daß wir in kurzer Zeit die Furcht vor dem Kriege verban- nen, und daß die verderblichen und freibütendenden stehenden Heere nicht länger wie Stürme, welche die Ruhe des civilen Lebens bedrohen und den Frieden zer- stören, existiren. Darum sage ich, daß solche Manifestationen wie die, welche uns heute vereinigt, häufiger zu Stande kommen sollen. Das englische und das fran- zösische Volk muß sich bei jeder Gelegenheit die Hand reichen, um sich gegenseitige Achtung zu erwerben und die Furcht vor einem künftigen Kriege zwischen den zwei Nationen zu zerstören und einen bewaffneten Frieden nutzlos zu machen, welcher Europa Millionen kostet, welche Millionen, wären sie nützlich angelegt, unsere sociale Wohlfahrt schnell verbessern könnten. (Bravo Potonie!) Und das ist die Ursache, warum jeder wahre Patriot die Arbeiterausstellungen mit allen Kräften unterstützen sollte. Diese Ausstellungen führen zur Vereinigung und zum größern Austausch der Producte und Ideen der Völker; sie sind der beste Schutz des Friedens; sie zwingen die Nationen gegenseitig sich besser kennen zu lernen, und dieses Erkennen reißt bald in Freundschaft und Achtung. Indem wir heute den fünfzigjährigen Jahrestag feiern, wollen wir uns daran erinnern, daß wir einen Frieden feiern, welcher nicht von der Stärke der Waffen, sondern von dem Willen des Volkes abhängt.

Sollte die „A. A. Ztg.“ so herablassend sein, Notiz hievon zu nehmen, so erlasse ich dem Herrn Redacteur des „Social-Demokrat“ jede fernere Beantwortung. — Die amerikanische Regierung hat eine ihrer schönsten Fregatten nach England geschickt, um Herrn Bright zum Besuche nach Amerika ab- zupolen. Die meisten reactionären englischen Blät- ter haben ihren Zorn darüber ausgeprochen, weil nach ihrer Ansicht der gutmüthige Friedensapostel ein gar fürchterlicher Demokrat und Republikaner ist. Herr Bright hat in den kritischen Augenblicken während des amerikanischen Bürgerkriegs viel dazu beigetragen, daß der Frieden zwischen Amerika und England, zum Bedruße des französischen Kaisers, erhalten wurde; diese Ehrenbezeugung von Seiten Amerika's gegen Herrn Bright ist ganz in Ordnung und die englische demokratenfeindliche Presse wird nicht verkennen, daß bei kommenden ernstlichen Zerwürf- nissen zwischen Amerika und England ein Mann wie Bright ein wahrer Rettungsanker Großbritanni- ens werden könnte. Ja, ich möchte behaupten, daß nur Bright in der Eigenschaft eines englischen Premier-Ministers die britannische Barke glück- lich durch einen kommenden demokratischen Sturm steuern kann. In Amerika achtet man den Mann mehr seines Werthes, als eitel Titel wegen und darum sind die schwanzwedelnden Titelver- ehrenden Times und Consorten so sehr erbost. — Ueber das Rendezvous der französischen und eng- lischen Flotte zu Cherbourg streiten sich die eng- lischen und französischen Offiziere, sowie die eng- lische und französische Presse um den Vorrang, und die Gefühle der Freundschaft, welche bei dem Fest- mahle die Gesellschaft begeisterten, sollen in großem Maße dem Burgunder und Champagner zuschrei- ben gewesen sein. Sicherlich hatte die Zusammen- kunft der Flotte zu Cherbourg einen tiefer liegenden Grund, als die Tagespresse in England oder Frank- reich ahnt; denn die englische und französische Re- gierung, welche den Kostenaufwand im Staatshaus- halt zu vermindern suchen und welche obnehin auf

*) Derselbe wurde nach der Proclamation der Re- publik von 1848 in Freiheit gesetzt, aber nach dem An- fange vom 15. Mai des nämlichen Jahres wieder ver- haften und zu lebenslänglicher Haft verurtheilt; als die allgemeine Amnestie erlassen wurde, wurde er auch frei, kam aber kurze Zeit darauf wegen Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft wieder auf 4 Jahre ins Gefängniß.

*) S. Nr. 122 des „Soc. Dem.“